

**Statement der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration,  
Flüchtlinge und Integration, Professor Dr. Maria Böhmer, im Plenum der Deutschen  
Islamkonferenz am 17.5.2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Islamkonferenz war in der vergangenen Legislaturperiode ein Novum. Ihre Fortsetzung ist von großer Bedeutung für das Gelingen der Integration in Deutschland. Ich erwarte mir von der Konferenz entscheidende Impulse und begrüße die stärker als bisher Praxis bezogene Ausrichtung in ihrer zweiten Phase, die wir heute beginnen.

Mir ist es wichtig, das richtige Maß von Differenzierung und Zusammenspiel mit anderen Bereichen der Integrationspolitik zu finden, z.B. mit dem Nationalen Integrationsplan, der die Grundlage für die Integrationspolitik in Deutschland bildet. Die Deutsche Islamkonferenz ist etwas ganz Eigenes. Aber natürlich wird es auch Überschneidungen geben, z.B. wenn es um die Lebenssituation von muslimischen Frauen geht, um deren Arbeitsmarktchancen, um Zwangsverheiratungen. Für mich ist das Thema „Zwangsverheiratung“ auch kein „Randthema“, wie heute an einer Stelle gesagt wurde, sondern ein zentrales Thema. Es geht um Artikel 3 Grundgesetz. Es geht um die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die für alle Frauen, die in Deutschland leben, gilt. Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung, die nicht hingenommen werden kann. Ich möchte an dieser Stelle auf einen neuen Leitfaden zu diesem Thema für Lehrerinnen und Lehrer hinweisen, den mein Arbeitsstab in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz entwickelt hat und der in Kürze veröffentlicht wird. Er soll die Lehrkräfte auf die Thematisierung von Zwangsheirat im Kontext der Schule vorbereiten und ihnen ermöglichen, gerade Schülerinnen, die von Zwangsverheiratung bedroht sind, zur Seite zu stehen. Zwangsverheiratungen sind nicht nur für die Betroffenen eine Tragödie, sie fördern ebenfalls die immer wieder - auch heute - angesprochene Islamophobie.

Die Deutsche Islamkonferenz hat eine wichtige Brückenfunktion zu den islamischen Religionsgemeinschaften. Zentrale Themen sind aus meiner Sicht die Einführung von islamischem Religionsunterricht in den Schulen, der mehr ist als Islamkunde, und die Schaffung von Lehrstühlen für islamische Theologie an deutschen Hochschulen. Imame

müssen mit der Lebenssituation ihrer Gemeindemitglieder hier vertraut sein. Wir brauchen deshalb viel mehr Imame, die selbst in Deutschland aufgewachsen sind, die deutsche Sprache beherrschen und hier aus- und fortgebildet werden. Denn die Moscheen sind ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für die Integration. Ich unterstütze auch gerne den soeben geäußerten Vorschlag, dass mehr Frauen in Ämter in den Moscheegemeinden kommen. Es ist Aufgabe der islamischen Verbände selbst und liegt in ihrem eigenen Interesse, hierüber eine Diskussion anzustoßen und eine solche Entwicklung voranzutreiben.

Meine Damen und Herren,

es ist wichtig, dass wir die Diskussionen in der Islamkonferenz „herunter brechen“ und in die Gesellschaft und Familien tragen, denn dort beginnt Integration. Wir müssen mit dem Dialog Verständnis und Vertrauen füreinander schaffen. Vertrauen ist gerade in der Integrationspolitik von herausragender Bedeutung.

Mich hat sehr beeindruckt, was die 1973 in Duisburg geborene Journalistin Asli Sevindim bei der Vorstellung des Ruhrgebiets als Kulturhauptstadt Europas anlässlich des Besuchs der Bundeskanzlerin in Istanbul gesagt hat. Sie berichtete, dass schon in den siebziger Jahren unter Tage oder am Hochofen niemand nach seiner Herkunft gefragt worden sei. Entscheidend sei allein gewesen, ob man sich aufeinander verlassen und einander vertrauen konnte. Das ist eine grundlegende Einstellung, die ich mir auch für unser Miteinander, für die Integration in Deutschland wünsche.